
Vorsitz: Schweiz**1575. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. Datum: Donnerstag, 30. Juli 2026 (im Ratsaal)

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 13.20 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Nägeli

Russische Föderation (Anhang 1)

Im Verlauf der Sitzung verabschiedete der Doyen des Ständigen Rates (Kroatien) die Ständige Vertreterin Albaniens bei der OSZE, Botschafterin E. Gjermani. Der Vorsitz verabschiedete zudem den Leiter des Konferenz- und Sprachendienstes, P. O'Reilly.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN
DIE UKRAINE

Vorsitz, Ukraine (PC.DEL/803/26), Vereinigtes Königreich, Irland – Europäische Union (mit Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Island, Liechtenstein, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/799/26), Kanada (PC.DEL/804/26/Rev.1), Türkiye (PC.DEL/810/26 OSCE+), Rumänien, Lettland (PC.DEL/806/26 OSCE+), Bulgarien (PC.DEL/808/26 OSCE+), Schweden (auch im Namen von Dänemark, Finnland, Island und Norwegen), Slowakei, Litauen, Polen, Moldau, Niederlande (PC.DEL/798/26 OSCE+), Deutschland (PC.DEL/794/26 OSCE+), Montenegro, Russische Föderation (PC.DEL/796/26 OSCE+), Frankreich

Zur Geschäftsordnung: Ukraine, Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: BERICHT DES LEITERS DER OSZE-MISSION IN
SERBIEN

Vorsitz, Leiter der OSZE-Mission in Serbien (PC.FR/9/26 OSCE+), Irland – Europäische Union (mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Liechtenstein, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen und der Ukraine) (PC.DEL/800/26), Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (PC.DEL/793/26 OSCE+), Albanien (PC.DEL/805/26 OSCE+), Türkiye, Slowakei, Serbien

Punkt 3 der Tagesordnung: BESCHLUSS ÜBER DIE SCHLIESSUNG DER
OSZE-MISSION IN MONTENEGRO

Vorsitz

Beschluss: Der Ständige Rat verabschiedete den Beschluss Nr. 1532 (PC.DEC/1532) über die Schließung der OSZE-Mission in Montenegro; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Montenegro (interpretative Erklärung, siehe Anlage 1 zum Beschluss), Irland – Europäische Union (mit Albanien, Andorra, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, San Marino, Serbien, Türkiye und der Ukraine) (interpretative Erklärung, siehe Anlage 2 zum Beschluss), Vereinigtes Königreich (interpretative Erklärung, siehe Anlage 3 zum Beschluss), Kasachstan (PC.DEL/795/26 OSCE+), Russische Föderation (interpretative Erklärung, siehe Anlage 4 zum Beschluss)

Punkt 4 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Der fortgesetzte hybride Krieg der NATO und der Europäischen Union gegen Russland:* Russische Föderation (PC.DEL/797/26 OSCE+), Rumänien, Frankreich
- (b) *Von den Kyjiwer Behörden begangene Straftaten gegen Minderjährige:* Russische Föderation, Ukraine (Anhang 2), Irland – Europäische Union

Punkt 5 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Besuch des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE/Projektkoordinators in der Ukraine sowie von Vertreterinnen und Vertretern mehrerer OSZE-Teilnehmerstaaten in der Ukraine vom 19. bis zum 23. Juli 2026:* Vorsitz
- (b) *Bevorstehende Besuche des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE I. Cassis in Aserbaidschan und Turkmenistan vom 2. bis zum 5. August 2026 und in Georgien und Armenien im Herbst 2026:* Vorsitz

- (c) *Erinnerung an die am 7. August 2026 endende Anmeldefrist für die Konferenz „Von Genf nach Helsinki: Entstehung und Hauptzweck der OSZE“ am 3. und 4. September 2026 in Bern (Schweiz): Vorsitz*
- (d) *Erinnerung an die am 31. August 2026 endende Anmeldefrist für die Konferenz „Deeskalation im Cyberspace: Mediation und präventive Diplomatie“ am 29. und 30. September 2026 in Zug (Schweiz): Vorsitz*

Punkt 6 der Tagesordnung: **BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS**

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/92/26 OSCE+): Generalsekretär*
- (b) *Besuch des Generalsekretärs in Podgorica, Belgrad und Pristina: Generalsekretär*
- (c) *Überlegungen zur aktuellen Lage der Organisation und den entsprechenden Herausforderungen: Generalsekretär*

Punkt 7 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

Allgemeine Wahlen in Bosnien und Herzegowina am 4. Oktober 2026: Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/807/26 OSCE+)

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 17. September 2026, um 10.00 Uhr im Ratsaal



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1575

30 July 2026

Annex 1

GERMAN

Original: RUSSIAN

1575. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1575, Punkt 2

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

es ist enttäuschend, dass der amtierende Schweizer Vorsitz sich dem politischen Klima beugt und weiterhin den auf Konfrontation ausgerichteten Punkt „Aggression Russlands gegen die Ukraine“ auf die Tagesordnung des Ständigen Rates setzt.

Derartige Aktionen des Vorsitzes sind mit den in der Geschäftsordnung der OSZE (Abschnitt IV.1 (C)) vorgesehenen festen Tagesordnungspunkten gänzlich unvereinbar. Dies schließt die Möglichkeit einer gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Beteiligung an einer Diskussion über die Entwicklungen in der und um die Ukraine aus.

Die Einberufung von Sitzungen des Ständigen Rates muss vollständig im Einklang mit der Geschäftsordnung der OSZE stehen, die Konsultationen mit allen Teilnehmerstaaten vorsieht (Abschnitt IV.1 (C) Absatz 1 und Abschnitt IV.1 (C) Absatz 3), und darf nicht gegen die Bestimmungen des Mandats des amtierenden Vorsitzes verstoßen, das diesen unmissverständlich dazu verpflichtet, bei seinen Handlungen die gesamte Bandbreite der Meinungen zu berücksichtigen (Beschluss Nr. 8 des Ministerrats von Porto 2002).

Wir ersuchen darum, dass dieser formelle Vorbehalt gemäß Artikel IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE in das Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates aufgenommen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

1575. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1575, Punkt 4 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

ich möchte von meinem Recht auf Erwidierung Gebrauch machen, um auf die Erklärung der Russischen Föderation zu antworten.

Die von der russischen Delegation eingebrachte aktuelle Frage regt diesen Rat nicht dazu an, den Dingen auf den Grund zu gehen. Sie verlangt vielmehr von uns, ein bereits gefasstes Urteil zu akzeptieren. Was daraus folgt, ist meist eine Übung in Sachen Täter-Opfer-Umkehr, wobei Kinder als emotionale Hintergrundkulisse genutzt werden.

Seit 2022 hat Moskau immer wieder dieselben Vorwürfe in neuer Aufmachung präsentiert: zivile Opfer, die aus dem Kontext der russischen Aggression gerissen werden; Evakuierungen aus Kampfgebieten, die als Entführungen dargestellt werden; ukrainische Rettungsteams, die als Menschenhändler bezeichnet werden; Behauptungen über rechtswidrige Adoptionen aus dem Ausland, Organentnahmen und sexuelle Ausbeutung; Vorwürfe einer „nazistischen Erziehung“, sprachlicher oder religiöser Verfolgung sowie der Rekrutierung von Minderjährigen für militärische und nachrichtendienstliche Zwecke sowie für Sabotage. Zuletzt hat sich dieses Muster auch an Starobilsk und Kyrlywka gezeigt.

Die konkreten Geschichten ändern sich, nicht jedoch die Methoden: Aggression und Besetzung werden völlig ausgeblendet, eine unabhängige Überprüfung der Vorfälle wird unterbunden, und Behauptungen werden als Tatsachen dargestellt.

Jedes Kind, das getötet oder verletzt wird, ist eine Tragödie. Jeder glaubwürdige Vorwurf muss unvoreingenommen geprüft werden. Das humanitäre Völkerrecht gilt unter allen Umständen.

Die Ukraine strebt keine Immunität an. Im neunten Zwischenbericht des ODIHR wurden Vorwürfe bezüglich der Einbeziehung von Kindern in Aktivitäten, die im Zusammenhang mit Kampfhandlungen stehen, dokumentiert, und die Behörden wurden nachdrücklich dazu aufgefordert, solche Praktiken zu unterlassen. Die Ukraine nimmt diese Empfehlung ernst und geht gegen nachgewiesene Fälle mit Hilfe von Gesetzen, Kontrollmechanismen und kindgerechten Verfahren vor.

Derselbe Bericht dokumentierte die Anwerbung von Kindern durch mit Russland in Verbindung stehende Akteure über Telegram zum Zwecke der Informationsbeschaffung, Spionage und Sabotage in besetzten und von der Regierung kontrollierten Gebieten.

Bis Juni 2026 standen Berichten zufolge 269 Kinder im Verdacht, für Straftaten zugunsten der Russischen Föderation rekrutiert worden zu sein.

Das unterscheidet eine verantwortungsvolle Reaktion von Propaganda: Die Ukraine kooperiert mit unabhängigen Mechanismen und handelt gemäß deren Empfehlungen. Russland lehnt jede Kooperation ab und beruft sich auf seine eigenen Institutionen, wenn es um Beweise geht.

Im Rahmen des Moskauer Mechanismus wurden dieser Organisation bereits Belege unabhängiger Expertinnen und Experten vorgelegt. Die Mission von 2023 stellte Verstöße im Zusammenhang mit der gewaltsamen Überführung und Deportation ukrainischer Kinder, mit Hindernissen bei der Familienzusammenführung, der Gefährdung durch Adoption und Assimilation sowie mit Handlungen fest, die möglicherweise Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Die Russische Föderation weigerte sich, in diesen Fragen zu kooperieren.

Im Juli 2026 kam eine weitere Mission im Rahmen des Moskauer Mechanismus zu dem Schluss, dass Russland ein gut koordiniertes System der Indoktrination und Militarisierung entwickelt habe, von dem rund 1,6 Millionen ukrainische Kinder, die unter der Kontrolle Russlands stehen, betroffen seien.

Darin wurden die Einführung russischer Lehrpläne, die Streichung ukrainischer Elemente aus dem Bildungswesen, Zwangsmaßnahmen bereits ab dem Kindergartenalter, militärisch-patriotische Strukturen sowie Wege hin zu einem künftigen Dienst in den Streitkräften der Besatzungsmacht dokumentiert. Auch hinsichtlich dieser Fragen hat die Ukraine kooperiert. Russland verweigerte sich erneut.

Mit Stand vom 14. Juli hatten die Vereinten Nationen bestätigt, dass seit Beginn der umfassenden Invasion in der Ukraine mindestens 803 Kinder getötet und 2.960 verletzt worden waren.

Die Vereinten Nationen kamen zu dem Schluss, dass die überwiegende Mehrheit der zivilen Opfer in den von der Regierung kontrollierten Gebieten zu verzeichnen war und dass der Anstieg im Jahr 2026 größtenteils auf russische Angriffe mit Langstreckenwaffen zurückzuführen war.

Herr Vorsitzender,

eine Delegation, der das Wohl von Minderjährigen wirklich am Herzen liegt, würde einen unabhängigen Zugang zu Informationen und unabhängige Untersuchungen unterstützen.

Sie würde vollständige Listen und Angaben zum Aufenthaltsort jedes ukrainischen Kindes, das sich unter Russlands Kontrolle befindet, vorlegen.

Sie würde Deportationen, der erzwungenen Verteilung russischer Pässe, Indoktrination, Militarisierung und Rekrutierung ein Ende setzen.

Sie würde eine Rückführung der Kinder und die Wiedervereinigung der betroffenen Familien ermöglichen.

Dafür wäre vor allem die wirksamste Maßnahme zum Schutz von Kindern, die heute zur Verfügung steht, erforderlich: den Angriffskrieg zu beenden und die Truppen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen.

Kinder sind nicht Beweismittel in Russlands Gerichtstheater.

Sie haben eigene Rechte und müssen von dieser Organisation dementsprechend behandelt werden.

Danke, Herr Vorsitzender.

1575. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1575, Punkt 3 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 1532
SCHLIESSUNG DER OSZE-MISSION IN MONTENEGRO**

Der Ständige Rat –

unter Hinweis auf Beschluss Nr. 732 des Ständigen Rates vom 29. Juni 2006 über die Einrichtung der OSZE-Mission in Montenegro,

Kenntnis nehmend von den Schreiben des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenministers Montenegros, S. E. Herrn Ervin Ibrahimović, an den Generalsekretär der OSZE Feridun H. Sinirlioğlu vom 25. Mai 2026 sowie an den Amtierenden OSZE-Vorsitzenden Ignazio Cassis vom 2. Juni 2026, in denen die Rolle der OSZE als verlässlicher und glaubwürdiger Partnerin Montenegros hervorgehoben wurde,

erfreut über die konstruktive Haltung der montenegrinischen Behörden und ihre Bereitschaft, im Rahmen eines transparenten und geordneten Übergangs eng mit der Organisation, dem Vorsitz und anderen Teilnehmerstaaten zusammenzuarbeiten, um den erfolgreichen Abschluss der Arbeit der OSZE-Mission in Montenegro sicherzustellen,

in Anerkennung des wesentlichen Beitrags, den die OSZE-Mission in Montenegro in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu den Fortschritten geleistet hat, die Montenegro in einer Vielzahl von Bereichen erzielt hat, darunter Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung, Wahlrechtsreform, Medienfreiheit, Menschenrechte, gute Regierungsführung und Reformen im Sicherheitssektor –

1. beschließt, das Mandat der OSZE-Mission in Montenegro bis zum 31. Dezember 2027 zu verlängern, damit die Mission ihre Tätigkeiten ordnungsgemäß abschließen kann;
2. beschließt, die OSZE-Mission in Montenegro per 31. Dezember 2027 zu schließen;
3. genehmigt 1 979 500 EUR für die Durchführung mandatsbezogener Tätigkeiten vom 1. Januar 2027 bis zum 30. September 2027 und für den Abschluss aller Verfahren zur Schließung der OSZE-Mission in Montenegro per 31. Dezember 2027;
4. bekräftigt, dass alle bei den Finanzmitteln für 2027 erzielten Einsparungen gemäß Finanzvorschrift 7.07 behandelt werden;

5. beauftragt den Leiter der Mission, mit Unterstützung durch das Sekretariat alle für die Schließung der OSZE-Mission in Montenegro erforderlichen Verfahren bis zum 31. Dezember 2027 abzuschließen;
6. beauftragt das OSZE-Sekretariat, alle noch ausstehenden administrativen Folgemaßnahmen durchzuführen, die nach dem 31. Dezember 2027 möglicherweise noch abzuschließen sind.

PC.DEC/1532

30 July 2026

Attachment 1

GERMAN

Original: ENGLISH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION
FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Montenegros:

„Herr Vorsitzender,

betreffend den Beschluss des Ständigen Rats über die Schließung der OSZE-Mission in Montenegro möchten wir folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der OSZE-Geschäftsordnung abgeben.

Wie Montenegro im Laufe dieses Prozesses mehrfach und in verschiedenen Formaten zum Ausdruck gebracht hat, stellt der heutige Beschluss den logischen Abschluss einer langen, erfolgreichen und von echter Zusammenarbeit geprägten Partnerschaft zwischen unserem Land und der OSZE dar.

In den vergangenen 20 Jahren war die OSZE-Mission in Montenegro ein wichtiger Partner bei der demokratischen Entwicklung Montenegros und auf seinem Reformkurs. Gemeinsam haben wir Institutionen gestärkt, Reformen vorangetrieben und nachhaltige Kapazitäten in allen drei Dimensionen des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE aufgebaut.

Der Beschluss, die Mission bis Ende 2027 zu schließen, spiegelt die greifbaren Fortschritte wider, die Montenegro bei der Umsetzung seiner Reformagenda und seiner übergeordneten strategischen Prioritäten erzielt hat. Die Berichte der jeweiligen Missionsleiterinnen und -leiter haben diese Fortschritte durchweg zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig die wachsenden Kapazitäten sowie die Stärke der nationalen Eigenverantwortung gewürdigt. Viele der mit Unterstützung der Mission entwickelten Reformen, Mechanismen und Praktiken sind mittlerweile fest in unseren Institutionen verankert und werden zunehmend von inländischen Expertinnen und Experten und unter eigener Verantwortung vorangetrieben.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

wir sind zudem der Ansicht, dass dieser Beschluss eine allgemeinere Botschaft für unsere Organisation vermittelt. Er stellt unter Beweis, dass die OSZE Ergebnisse erzielt. Montenegro ist ein Beispiel dafür, wie eine Feldoperation, die in echter Partnerschaft mit dem Gastland arbeitet und von den Teilnehmerstaaten unterstützt wird, ihr Mandat

erfolgreich erfüllen kann, indem sie Institutionen stärkt, die Widerstandsfähigkeit fördert und nationale Eigenverantwortung ermöglicht.

In diesem Sinne ist der geordnete Abschluss des Missionsmandats nicht nur eine Erfolgsgeschichte Montenegros. Er ist gleichermaßen eine Erfolgsgeschichte für die OSZE, ihre Teilnehmerstaaten, das OSZE-Sekretariat und die Mission selbst. Er ist ein deutliches Beispiel dafür, welche nachhaltigen Auswirkungen zielstrebige und reaktionsschnelle Feldoperationen mit den richtigen Schwerpunkten vor Ort erzielen können.

Lassen Sie mich abschließend Montenegros aufrichtige Anerkennung gegenüber allen Missionsleiterinnen und -leitern, den internationalen und nationalen Missionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, dem Sekretariat, den jeweiligen Vorsitzen und den Teilnehmerstaaten zum Ausdruck bringen, deren Professionalität, Engagement und Unterstützung diesen gemeinsamen Erfolg ermöglicht haben.

Wir werden auch weiterhin ein engagierter und aktiver Teilnehmerstaat bleiben und den Erfahrungsschatz einer echten Erfolgsgeschichte einbringen, die den bleibenden Wert der OSZE und ihrer Feldoperationen verdeutlicht.

Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Beschluss und ihre Aufnahme in das Journal des Tages.

Ich danke Ihnen.“

PC.DEC/1532

30 July 2026

Attachment 2

GERMAN

Original: ENGLISH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION
FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Irlands übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab.

„Im Zusammenhang mit dem Beschluss über die Schließung der OSZE-Mission in Montenegro möchte die Europäische Union folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Europäische Union nimmt das Ersuchen Montenegros um einen transparenten und geordneten Übergang für die Gewährleistung eines erfolgreichen Abschlusses der Arbeit der OSZE-Mission in Montenegro bis Ende 2027 zur Kenntnis. Wir begrüßen die konstruktive Haltung der montenegrinischen Behörden und ihre Bereitschaft, eng mit dem Sekretariat, dem Vorsitz und den Teilnehmerstaaten zusammenzuarbeiten, um einen geordneten und gut vorbereiteten Prozess sicherzustellen.

Die Europäische Union beglückwünscht die OSZE-Mission in Montenegro zu ihrer engagierten Arbeit bei der Erfüllung ihres Mandats, insbesondere durch die Unterstützung und Förderung der Umsetzung der OSZE-Grundsätze und -Verpflichtungen sowie durch die Unterstützung der Zusammenarbeit Montenegros mit der OSZE in allen drei Dimensionen.

Wir sprechen der Mission unsere Anerkennung für zwei Jahrzehnte konstruktiver Zusammenarbeit und fruchtbarer Partnerschaft mit montenegrinischen Institutionen, der Zivilgesellschaft und den Medien aus. Wir würdigen den wertvollen Beitrag der Mission zur Förderung der umfassenden Reformagenda Montenegros in einer Vielzahl von Bereichen. Die Unterstützung der Mission hat auch zu Fortschritten auf dem Weg Montenegros in die Europäische Union beigetragen, darunter der vorläufige Abschluss zahlreicher Verhandlungskapitel in den Jahren 2025 und 2026.

Wir nehmen die Absicht der Mission zur Kenntnis, die Umsetzung ihres strategischen Arbeitsplans für die Jahre 2025–2027 abzuschließen, um Montenegro dabei zu unterstützen, die in den letzten 20 Jahren erzielten Reformerfolge im Zusammenhang mit der OSZE im Hinblick auf langfristige Nachhaltigkeit und im Einklang mit den strategischen Zielen des Landes zu festigen.

Der erfolgreiche Abschluss der Arbeit der Mission würde einen wichtigen Meilenstein beim langjährigen Beitrag der Organisation zu den Demokratiereformen und der demokratischen Entwicklung Montenegros darstellen.

Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Beschluss und ihre Aufnahme in das Journal des Tages.

Albanien, Andorra, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, die Republik Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, San Marino, Serbien, Türkiye und die Ukraine schließen sich dieser Erklärung an.“

PC.DEC/1532
30 July 2026
Attachment 3

GERMAN
Original: ENGLISH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION
FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Im Zusammenhang mit dem soeben verabschiedeten Beschluss des Ständigen Rates über die Schließung der OSZE-Mission in Montenegro möchte das Vereinigte Königreich die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich unterstützt die Verabschiedung dieses Beschlusses gerne. Das Ersuchen Montenegros, bis Ende 2027 die OSZE-Aufgaben in nationale Zuständigkeit zu überführen, spiegelt positiv die Verpflichtungen und Fortschritte wider, die Montenegro bei der Aufrechterhaltung der Reformdynamik erzielt hat. Dies ist ein deutlicher Beleg für den Erfolg der OSZE-Mission in Montenegro und für die vorbildliche Unterstützung, die sie in den letzten 20 Jahren geleistet hat.

Das Vereinigte Königreich ist bereit, mit der Regierung, der OSZE-Mission, dem OSZE-Sekretariat und den autonomen Institutionen zusammenzuarbeiten, um einen reibungslosen und gut vorbereiteten Übergang zu neuen Formen des Engagements der OSZE in Montenegro und der Unterstützung für das Land zu gewährleisten.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese interpretative Erklärung dem verabschiedeten Beschluss und dem Journal des Tages beifügen zu lassen.“

PC.DEC/1532
30 July 2026
Attachment 4

GERMAN
Original: RUSSIAN

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION
FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Die Russische Föderation hat sich dem Konsens zum Beschluss des Ständigen Rates über die Schließung der OSZE-Mission in Montenegro angeschlossen und geht dabei von folgenden Annahmen aus.

Russland begrüßt die Abwicklung der Arbeit der Mission bis Ende 2027 auf Ersuchen des Gastlands. Bei der Unterstützung dieses Ersuchens stützen wir uns auf Absatz 41 der Europäischen Sicherheitscharta (1999), wonach die Aktivitäten der Feldoperationen der Organisation beendet werden sollten, sobald diese ihre Aufgaben an das Gastland übertragen haben.

Wir stellen fest, dass die Entscheidung zur Schließung der Mission von den montenegrinischen Behörden ausgerechnet jetzt getroffen wurde, da die wichtigsten Voraussetzungen für den Beitritt dieses Teilnehmerstaates zur Europäischen Union erfüllt und weitere Dienste der OSZE-Feldoperation in diesem Prozess nicht mehr erforderlich sind. Dies bestätigt, dass die Arbeit der Mission tatsächlich darauf ausgerichtet war, den EU-Beitritt zu erleichtern – was in keiner Weise unter ihr vom Ständigen Rat genehmigtes Mandat fällt.

Wir müssen leider feststellen, dass die für die Schließung der Mission vorgesehenen finanziellen Mittel als Pauschalbetrag ohne Aufschlüsselung der Kosten zugewiesen werden. Ein solcher Ansatz steht nicht im Einklang mit internationalen bewährten Verfahren und entspricht nicht den allgemein anerkannten Grundsätzen der Haushaltsdisziplin.

Ich ersuche, diese Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und als Anhang in das Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates aufzunehmen.“